

Umweltbewusstseinsforschung

Von der Defizitanalyse zur Potenzialförderung

Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geben seit 1996 im Zweijahresrhythmus repräsentative Bevölkerungsumfragen zum Umweltbewusstsein in Deutschland in Auftrag. Seitdem wird kontinuierlich an einer Betrachtung gearbeitet, die statt der Defizite die vorhandenen Potenziale stärker in den Blick nimmt.

Von Angelika Gellrich, Korinna Schack und Michael Wehrspau

Die Umweltbewusstseinsstudien von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt sind das Kernstück zur Bearbeitung von Fragen ökologischer Kommunikation im Rahmen einer angewandten sozialwissenschaftlichen Umweltforschung und zur Beratung der Umweltpolitik – beispielsweise in Bezug auf die Frage, wie vorhandene Engagement- und Verhaltensbereitschaften für den Umweltschutz durch entsprechende Maßnahmen angeregt und ermöglicht werden können. Seit Langem ist es ein wiederkehrender Befund, dass – gefragt nach dem eigenen Engagement für Umwelt- und Naturschutz – zwar nur zwischen vier und neun Prozent der Befragten angeben, sich bereits zu engagieren, aber ein weiteres Drittel bis die Hälfte der Befragten angibt, sich ein solches Engagement vorstellen zu können (BMUB/UBA 2014, S. 63). Ein Vertiefungsbericht aus dem Jahr 2011 ging daher unter der Überschrift „Engagement und Delegation“ der Frage nach, wie dieses Engagementpotenzial in verschiedenen sozialen Milieus ausgeprägt ist und wie es angepasst an die lebensweltlichen Bedingungen und Chancen der Engagementbereiten gefördert werden kann (Borgstedt/Christ/Reusswig 2011).

Integration von gesellschaftspolitischen Fragestellungen

Differenzen zwischen den allgemeinen Einstellungen der Befragten und den ebenfalls erfragten Verhaltensbereitschaften zeigten sich aber auch bei anderen Fragestellungen. Daher haben sich die Umweltbewusstseinsstudien über die Jahre ständig weiterentwickelt. So wurde langsam und schrittweise die Notwendigkeit ausgebaut, in die Umweltpolitik auch gesellschaftspolitische Fragestellungen einzubringen. Eine Grundfrage war dabei, wie das (in den 1970ern stark angestiegene und in den 1980ern in den weiten Kreisen der Gesellschaft zum Ein-

stellungsstandard gewordene) Umweltbewusstsein in Alltags-handeln eingehen könnte.

Mit den ersten beiden Studien aus den Jahren 1996 und 1998 zeigten Diekmann und Preisendörfer im Sinne eines „rational choice“-Ansatzes auf, dass das hohe Umweltbewusstsein dann zur Geltung kommt, wenn es mit geringen Kosten in Alltags-handeln umzusetzen ist (BMU/UBA 1996; 1998). So geriet die private Mülltrennung in dieser Zeit zu einem emotional hochbesetzten Thema. Wenn aber hohe Kosten an Geld, Zeit oder Bequemlichkeit drohten, wie etwa im Bereich der privaten Mobilität, sprich der eigenen Autonutzung, waren auch die abgefragten Verhaltens- sowie Umorientierungsbereitschaften sehr niedrig. Die damals noch heißer diskutierte ökologische Steuerreform sollte ein Schritt in die Richtung sein, diese hohen Kosten zu reduzieren und damit das Verkehrsverhalten umzu-lenken. Es zeigte sich allerdings bald, dass dies mit erheblichen Akzeptanzproblemen einherging.

In den Jahren 2000 bis 2006 bearbeitete ein Forschungsteam unter der Leitung von Prof. Kuckartz die Umweltbewusstseinsstudien. Darin wurde das Spannungsfeld zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit als emporkommendes Thema aufgegriffen – insbesondere, da die ökologische Steuerreform wegen ihrer angeblich mangelnden Sozialverträglichkeit schwer in der Kritik stand (BMU/UBA 2004, S. 64 f.). Dieses Thema wurde innerhalb der Umweltbewusstseinsforschung, aber auch in weiten Teilen der allgemeinen ökologischen Kommunikation, zunächst kaum rezipiert. Auf größeres Interesse stieß dagegen der ebenfalls neue Fokus auf die verbesserte Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Das Ziel der entsprechenden Potenzialförderung wurde in dieser Zeit vor allem durch die Idee der Entwicklung von Gestaltungskompetenz im Rahmen von Bildung für nachhaltige Entwicklung vorangetrieben.

In den Studien der Jahre 2008 und 2010 wurde die Erhebungsmethodik durch die Aufnahme des Modells sozialer Milieus von Sinus um soziokulturelle Aspekte ausgebaut. Darüber hinaus wurde 2012 die Studie auf die Orientierung „Von der Defizitanalyse zur Potenzialförderung“ ausgerichtet. Damit wurde erstmals explizit am sozialen Innovationspotenzial in der Gesellschaft angesetzt. Dieses wurde in der Umweltbewusstseinsstudie 2014 unter der Federführung des IÖW vertiefend aufgegriffen und insbesondere um die möglichen Beiträge von Umweltpolitik zum „guten Leben“ ergänzt.

Allerdings ist die Kommunikation von Potenzialen offenbar sehr viel schwieriger als die von Defiziten. Vor allem in den Medien fokussierte sich die Berichterstattung lange Jahre bestän-

dig und fast stereotyp auf den Aspekt: Das Umweltbewusstsein der Bevölkerung sei zwar groß, aber das spiegele sich nicht im Verhalten wider. Dagegen blieben die zum Teil bemerkenswerten Ergebnisse unbeachtet, aus denen sich für die Herausforderungen der Umweltpolitik wegweisende Empfehlungen zur Engagementförderung, Teilhabe an Zukunftsverantwortung und Entwicklung von Gestaltungskompetenz ableiten lassen.

Diese Verengung in der Berichterstattung ist gleichzeitig Ausdruck eines weitverbreiteten gesellschaftlichen Verständnisses von Umweltpolitik: Es wird erwartet, dass die Bevölkerung ihre moralischen Einstellungen einfach nur umsetzen muss, und zwar in erster Linie durch Konsumverzicht und Bereitschaft zur Genügsamkeit. Diese Haltung ist insofern problematisch, als dass sie zu nichts führt, solange nicht gewährleistet ist, dass alle dies tun. Ansonsten machen sich dabei lediglich die Verzichtsbereiten zu sozialen Verlierern, und Umwelt und Natur haben wenig davon, wenn es nur eine kleine Anzahl „suffizient“ lebender Verzicht-Ökos gibt.

Außerdem wird auf diese Weise die gesellschaftliche und kulturelle Leistung der Einsicht in die Problemlagen und in die Notwendigkeit eines tiefgreifenden Wandels ignoriert und abgewertet, ja regelrecht diskriminiert. Das persönliche Engagement, das Bemühen um konstruktive Lösungen, das Ringen um Interessenausgleich und Bedürfnisbefriedigung, das Kulturschaffende, kurz die konkrete Gestaltung der Zukunft und die Bereitschaft der Bevölkerung zur Teilhabe daran, spielt in der öffentlichen und fachlichen Diskussion über Umweltpolitik so gut wie keine Rolle.

Gesellschaftspolitik ist unterbelichtet

Dies ist eines der Hauptprobleme der Umweltpolitik, mit dem sich die Gesellschaft in ihren Bemühungen um Zukunftsfähigkeit selbst im Weg steht: Die Umweltpolitik wird bisher nicht integrativ – als Ensemble an Maßnahmen zur Sicherung menschlicher Lebensgrundlagen – verstanden und ihre gesellschaftspolitische Dimension bleibt unterbelichtet. Die beschriebene Medienberichterstattung trägt hier zwar zur Verstärkung bei, aber ein Umdenken ist auch in der Umweltpolitik selbst erforderlich. Erst in neueren umweltpolitischen Entwicklungen findet man die Forderung nach einer integrierten Umweltpolitik. Als ersten Beitrag dazu veröffentlichte das Bundesumweltministerium das integrierte Umweltprogramm 2030 mit Anregungen für eine umweltgerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik, für eine Stärkung der Umweltpolitik des Bundes, für ein neues Wohlfahrtsverständnis und zur Unterstützung nachhaltigen Handelns von Bürger/innen und Unternehmen (BMUB 2016).

Erneuerungen können sehr lange Latenzzeiten haben, deren Potenziale in einer repräsentativen Abfrage des Alltäglichen, Durchschnittlichen, Normalen kaum sichtbar werden. Deshalb erfordert eine Entwicklung von der Defizitanalyse zur Potenzialförderung nicht nur eine neue Forschungsperspektive und Haltung gegenüber dem Forschungsgegenstand, son-

dern auch eine methodische Erneuerung, mehr qualitative Forschung und diskursive Elemente wie Fokusgruppen oder Bürger/innenkonferenzen. Seit der Umweltbewusstseinsstudie 2012 wird diese erweiterte Perspektive kontinuierlich ausgebaut. Insbesondere die qualitativen Ergebnisse ergänzen die repräsentativen Umfragen substantiell und liefern wertvolle Hintergrundinformationen für deren Interpretation. Hier gilt es, den eingeschlagenen Weg der Studie aus dem Jahr 2014 weiter fortzuführen, diese direkt in die zentrale Publikation, die sogenannte Basisdatenbroschüre, einfließen zu lassen.

Erfreulich ist die Beobachtung, dass diese sich ändernde Perspektive auch nach und nach in der medialen Berichterstattung ankommt, die Saat also aufzugehen scheint. Bei der Veröffentlichung der Umweltbewusstseinsstudie 2014 beispielsweise wurde häufig das Ergebnis herausgegriffen, dass die Menschen sich weniger Autos in den Städten wünschen – als Beitrag zum guten Leben. Derart gewendete Berichte können wichtige Impulse setzen, um den für eine sozial-ökologische Erneuerung der Gesellschaft wesentlichen Verständigungsprozess im Sinne eines gemeinsamen Suchens und Lernens in Gang zu setzen.

Literatur

- BMUB/UBA (1996–2015): Umweltbewusstsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin/Dessau-Roßlau.
 BMUB (2016): Den ökologischen Wandel gestalten. Integriertes Umweltprogramm 2030. Berlin.
 Borgstedt, S./Christ, T./Reusswig, F. (2011): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Vertiefungsbericht 2: Engagement und Delegation. UBA-Texte 86/2011.

AUTOREN + KONTAKT

Angelika Gellrich ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Umweltbundesamt im Fachgebiet I 1.4 „Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Umweltfragen, nachhaltiger Konsum“.

Umweltbundesamt, Wörlitzer Platz 1,
 06844 Dessau-Roßlau. Tel.: +49 340 2103-2547,
 E-Mail: angelika.gellrich@uba.de

Dr. Korinna Schack ist Referentin für gesellschaftspolitische Grundsatzfragen im Bundesumweltministerium (BMUB).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
 Bau und Reaktorsicherheit, Referat G II 4,
 Stresemannstraße 128–130, 10117 Berlin.
 Tel.: +49 30 183054054,
 E-Mail: Korinna.Schack@bmbu.bund.de

Dr. Michael Wehrspau war über 20 Jahre als Sozialwissenschaftler im Umweltbundesamt tätig und arbeitet im Unruhestand als Umweltprojekterber.

E-Mail: WehrspauM@t-online.de

